

An der Seite der Schwachen

Christ, Antifaschist und Pazifist. Der Friedenspfarrer Hartmut Drewes und die Bremer Friedenspolitik

Von Helmut Donat

Es gibt in Deutschland eine unselige Tradition, eine Kontinuität der Hochschätzung von Macht und Gewalt und eine Geringschätzung von Ethik und Moral. Damit verbunden ist eine Haltung, die dem Militärischen größere Bedeutung zumisst als dem Denken in zivilen Kategorien. Gegen die Dominanz des Militärischen über die Politik haben sich in der jüngeren deutschen Geschichte Persönlichkeiten wie Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky, Ludwig Quidde, Friedrich Wilhelm Foerster und viele andere gewandt: unmissverständlich, mutig und im Geiste republikanischen Freiheitsdranges. Für diese Freiheit und das Recht, das Militär überall dort in die Schranken zu weisen, wo es sich anmaßt, dem Menschen seine Würde zu rauben, haben sie ihre Stimmen erhoben – wider Kadavergehorsam und Knechtseligkeit, gegen Militärfrömmigkeit und Militärpatriotismus. Gleiches gilt für die zivilen Gefolgsleute, insbesondere aus intellektuellen Kreisen, die sich zumeist noch schlimmer und vehementer im Freund-Feind-Denken gebärden als die Herren in Uniform.

Als »Friedenshetzer« verleumdet

Für ihren aufklärenden Widerstand sind die Vertreter der Friedensbewegung verächtlich gemacht, ausgegrenzt, verfolgt, ins Exil getrieben oder gar ermordet worden, wie etwa der Kapitänleutnant a. D. Hans Paasche im Mai 1920. Er wollte die für den Ersten Weltkrieg und dessen unnötige Verlängerung verantwortlichen Politiker und Militärs vor Gericht stellen und ihrer weiteren öffentlichen Wirksamkeit einen Riegel vorschieben.

Ähnlich erging es den »Friedenspfarrern«, die sich als evangelische Pastoren in der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), als katholische Geistliche im Friedensbund Deutscher Katholiken oder als religiöse Sozialisten und »Freigeister« gegen Aufrüstung und Militarismus engagiert haben. Viele Namen wären hier zu nennen. Stellvertretend sei der Stuttgarter Stadtpfarrer Otto Umfrid (1857–1920) hervorgehoben. Seit 1900 Vizepräsident der DFG, war die Gründung zahlreicher Ortsgruppen in Württemberg seinen unermüdlichen Aktivitäten zu verdanken. Unbeeindruckt von Schmähungen und Schikanen setzte er sich in Vorträgen und Artikeln mit dem preußisch-deutschen Militarismus auseinander, klärte über das Wesen des Krieges auf und verlangte in seinem »Völkerevangelium« (1910) die Abschaffung des Krieges durch eine internationale Friedensordnung. Umfrid warnte, von seinen Gegnern als »Friedenshetzer« verleumdet, vor den nationalistisch-imperialistischen Bestrebungen deutscher Weltpolitik und trat mit seinem

»Arbeiterevangelium« für soziale Gerechtigkeit ein. Bei den Kirchenoberen stieß Umfrid wie die anderen Friedenspfarrer auf Ablehnung. Erst recht, als sie sich im Ersten Weltkrieg für einen raschen Verständigungsfrieden und gegen den annexionistischen Wahn wandten. Sie wurden als »Landesverräter«, »Geisteskranke«, »Friedensschwärmer«, »utopistische Traumtänzer« und »Zweck-, Gesinnungs- oder aggressive Pazifisten« diffamiert.

Daran änderte sich auch nach 1918 und in der Weimarer Republik kaum etwas. Und heute? Die Rehabilitierung der Pazifisten, die Abwirtschaffung der Militärs und das Fiasko deutschen Eroberungswahns 1945 sind längst vergessen gemacht. Töne wie die Schlag-zu-Parole von Reichswehrminister Groener aus dem Jahre 1928 - »Nur ein wehrhaftes Volk kann sich behaupten« - feiern fröhlich Urständ. Die Rüstungsindustrie, in Deutschland noch nie von einem wirklichen Verteidigungswillen beseelt, ist zum vermeintlichen Garanten des Friedens avanciert. Schon bald wird es, wenn die Zahl der Kriegsdienstverweigerer wieder in die Höhe schießt, um die »Beeinträchtigung der Wehrkraft und des Wehrwillens der Nation« gehen und darum, dem »Defätismus aller Art« den Garaus zu machen.

Bremer Tradition

In Bremen, einst »Herberge der Kirche«, fanden Pfarrer, obwohl anderenorts wegen ihrer abweichenden Auffassung in Glaubensfragen in Schwierigkeiten geraten, Bleibe und Gehör. Der Protestantismus in der Hansestadt, weit entfernt von einer Dogmenkirche, bot freigeistigen Pastoren eine Heimstatt. Zu ihnen gehörte Albert Kalthoff, 1895 nach einem Vortrag des späteren Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde Gründer der Bremer DFG-Ortsgruppe. Als er 1905 auch noch die Präsidentschaft des pazifistisch orientierten Deutschen Monistenbundes übernahm, der zudem ein naturwissenschaftliches Weltbild propagierte, suchten seine orthodoxen Kollegen den »Leugner« des historischen Jesus aus dem Amt zu vertreiben. Das hinderte die St.-Martini-Gemeinde nach dem plötzlichen Tod Kalthoffs aber nicht, Emil Felden, Freund und Studienkollege Albert Schweitzers, zu seinem Nachfolger zu ernennen. Felden machte aus St. Martini zielstrebig eine Arbeitergemeinde. Zudem hielt er mit seiner Kritik an Sitten und Gebräuchen wie der Taufe nicht zurück und schlug andere Formen christlicher Religiosität vor. Im Ersten Weltkrieg gehörte er neben Friedrich Steudel von der St.-Remberti-Gemeinde und Otto Umfrid zu den einzigen deutschen Pastoren, die sich der pazifistischen »Zentralstelle Völkerrecht« anschlossen und deren Aufruf für ein rasches Ende des Krieges unterzeichneten. In der Weimarer Republik wandte sich Felden wie sonst kein evangelischer Pfarrer reichsweit gegen den Judenhass, hielt Vorträge in den Hochburgen des Antisemitismus und klärte mit selbst verfassten Loseblattsammlungen über die Ziele der Nazis auf. 1933 aus seinem Amt getrieben, war er Verfolgungen ausgesetzt.

Im Widerspruch zum Nazistaat und zur offiziellen Kirche stand auch Gustav Greiffenhagen, Pastor an der St.-Stephani-Gemeinde und Gründungsmitglied der Bekennenden Kirche in Bremen. 1934 geriet er in »Schutzhaft«. Ungeachtet des Verbots der Amtsausübung führte er Gottesdienste in Privathäusern durch. Dem Bruderrat der Bekennenden Kirche kehrte er, weil dem Nazistaat gegenüber zu willfährig, 1936 den Rücken. Nach 1945 wieder in St. Stephani, rief er dazu auf, »den Geist Jesu Christi gegen Militarismus und

Antikommunismus im Verzicht auf Feindbilder, Gewalt (Kriegsdienstverweigerung) und in Feindesliebe zu bewähren«.

Auch Johannes Oberhof, 1948 bis 1950 Pastor an der St.-Martini-Gemeinde, wollte die Schuld der Deutschen am Ersten und Zweiten Weltkrieg nicht verdrängen. Er sprach sich gegen die Wiederbewaffnung aus und warf der Kirchenführung vor, nichts aus den Weltkriegen gelernt zu haben und Adenauers Pläne zur Wiederaufrüstung zu unterstützen. Oberhofs Teilnahme an dem von Kommunisten gestalteten Weltfriedenskongress in Warschau im November 1950 führte zu seiner Amtsenthebung, wobei seine Gegner sich größte Mühe gaben, die politischen Gründe des Vorgehens gegen ihn herunterzuspielen, und ihm vorhielten, seine alltäglichen Pflichten gegenüber der Gemeinde verletzt zu haben.

Vom Krieg geprägt

In der Tradition des Antimilitarismus und für eine Aussöhnung mit Franzosen, Polen und Russen wirkten in Bremen auch in den Jahrzehnten danach eine Reihe pazifistisch gesinnter Pastoren. Einer, der die Friedensaktivitäten in Bremen wie kein anderer von ihnen in jüngster Vergangenheit geprägt hat, war der sich an Greiffenhagen orientierende Hartmut Drewes. Ein Jahr nach seinem Tod am 5. Februar 2025 haben nun Barbara Alms und Gerhard Schäfer ein Buch herausgegeben, das sein Lebenswerk ebenso würdigt wie die Bestrebungen der Bremer Friedensbewegung der vergangenen 25 Jahre. Der Band ist weit mehr als eine Bestandsaufnahme. Er zeigt, wie friedenspolitisches Engagement auch unter schweren Bedingungen organisierbar ist und sich so eine Breitenwirkung erzielen lässt.

Am 11. März 1939 in Hildesheim geboren, wuchs Drewes in einem deutschnational gesinnten Elternhaus auf, in dem Hindenburg besondere Verehrung genoss. Mit sechs Jahren erlebte er, wie die Altstadt durch Flächenbombardierungen zerstört wurde. Wie sollte er das jemals vergessen? Im selben Alter nähte seine Mutter den Kindern aus der Hakenkreuzfahne Spielhosen. Dass Krieg nicht mehr sein darf, war ihm seither eingebraunt.

Am altsprachlich orientierten Gymnasium Andreanum, noch heute in freier Trägerschaft der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, machte er sein Abitur. Die kirchliche Sozialisation bestimmte seinen weiteren Werdegang. Nach dem Studium der Evangelischen Theologie in Tübingen, Berlin und Göttingen, dem Vikariat in Caracas und der Ordination zum Pfarrer übernahm er 1967 das Amt eines Hilfspredigers in Nordholz. Doch wegen seiner antimilitaristischen Haltung gab es in der Gemeinde Konflikte, und er wählte 1970 Bremen, in Glaubensfragen nach wie vor sehr nonkonformistisch, als künftiges Wirkungsfeld. Zunächst im Stadtteil Blumenthal Pastor, wechselte er 1972 an die Gemeinde Bremen-Oslebshausen, deren Stabführung er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2000 innehatte.

Von Beginn an stellte sein friedenspolitisches Engagement ein Merkmal seines pastoralen Wirkens dar. 1971 nahm er als Delegierter des bundesdeutschen Regionalausschusses in Prag an der »Allchristlichen Versammlung« der »Christlichen Friedenskonferenz« (CFK) teil. 1972 bis 1979 war er Vorsitzender der Internationalen Kommission der CFK. Später zählte er zu den Mitgliedern

des Internationalen Sekretariats. Dabei scheute er den Vorwurf, ein »Handlanger« des Kommunismus zu sein, nicht. Wie dem Kapitänleutnant a. D. Heinz Kraschutzki, der Ende der 1940er und zu Beginn der 1950er Jahre mit Vertretern des Ostens Kontakte pflegte und sich als Quäker und Veteran der Weimarer Friedensbewegung von der neu inszenierten »Russenfurcht« verweigerte, ging es ihm darum, den Kalten Krieg nicht weiter zu schüren – und einen Weg zu bahnen für eine Überwindung des Blockdenkens und die Zusammenarbeit aller Völker auf der Basis friedlicher Koexistenz. Keinesfalls wollte er den Kommunisten ihr Streben nach humanistischen Zielen absprechen. Zugleich nahm er Verbindung zur Deutschen Friedensunion in Bremen und deren Vorstand Ekkehard Lentz auf.

Zusammenarbeit mit Kommunisten

Ebensowichtig war Drewes die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und den Ursachen und Folgen des Faschismus, dem Umgang mit Zwangsarbeitern und anderen Opfern des Staatsterrorismus der Nazis. Er engagierte sich für soziale Gerechtigkeit. Seine in einem Arbeiterviertel gelegene Gemeinde stärkte ihm dabei den Rücken. Sie betrachtete seine Haltung, dass »ein Christ nicht beiden Herren, Gott und Mammon, dienen kann, sondern sich gegen das Kapital zu entscheiden hat«, als Fürsprache für eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensperspektive.

Drewes sah sich in der Tradition des Schweizer Theologen und Antifaschisten Karl Barth, der sich im Rahmen seiner Widerstandstätigkeit 1943 dem Nationalkomitee »Freies Deutschland« angeschlossen hatte und für eine Zusammenarbeit von Christen und Marxisten warb. Auf die Gegenwart bezogen schlug Drewes sich angesichts der Berufsverbote und der Nichteinstellung von Kommunisten in den öffentlichen Dienst auf deren Seite. Vor dem Hintergrund ihrer Verfolgung durch das Naziregime und ihres Kampfes gegen Terror und Krieg lasse ihm das Evangelium »keine andere Wahl«, als ihnen beizustehen.

Drewes war wie viele seiner Vorläufer der Zeit weit voraus – was seine Reden eindrucksvoll verdeutlichen. Je mehr gouvernementale Kreise aus den Reihen der SPD, Grünen und schließlich auch der CDU dazu übergingen, dem In- und Ausland zu erklären, die Deutschen hätten ihre Lektion aus der Geschichte gelernt, desto stärker hat er sich an einer Erinnerungskultur orientiert, die nicht vorgibt, als sei die Vergangenheit »bewältigt«. Seine Parole lautete: »Nie wieder! Nicht noch einmal!«

Im Jahr 2004 warnte er vor einer Militarisierung Europas und den Bestrebungen, die EU unabhängig von der NATO und den USA zu einer neuen Militärmacht auszugestalten, so vertreten von Angela Merkel (CDU), Edmund Stoiber (CSU) und Karsten Voigt (SPD), der im Herbst 2003 erklärt hatte: »Europa kann nur ernst genommen werden, wenn es zu eigener Stärke findet.« Von gegenwärtigen Verlautbarungen unterscheidet sich das nicht. Drewes dazu: »Dieses Denken ist der Versuch, den Jesus einmal mit den Worten umschrieben hat, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, also Böses mit Bösem zu beseitigen.« In Wahrheit gehe es in erster Linie nicht um eine Verteidigungsarmee, sondern um weltweit einsetzbare Interventionstruppen. »Übersetzt heißt das« – so Drewes weiter: »Die Welt soll merken, dass Europa

nicht nur Europa, sondern mehr sein will.« Und sich, statt mit friedlichen Mitteln zu versuchen, die Welt zu befrieden, auf Gewalt und Waffen stützt.

Gleiches gilt im inneren Bereich. In Heiligendamm ließ die Regierung zum Schutz des G8-Gipfels im Juni 2007 neben Tausenden von Polizisten auch 2.100 Soldaten aufmarschieren. Dazu kamen Aufklärungs-»Tornados« und Panzerspähwagen zum Einsatz. Die Begründung: Man habe feststellen wollen, ob die Protestierenden »Erddepots« anlegten oder Straßen unterspülten. Mit anderen Worten: Abstrakte Gefahren, vorgetäuschte Bedrohungsszenarien und vermeintliche Terroristen müssen – wie bei dem Rückgriff auf die Gewaltanwendung im Äußeren – dafür herhalten, auch die Militarisierung im Inneren voranzutreiben, um so der »Sicherheit« Genüge zu tun. Dahinter steht das Bestreben, dem Militär die Rolle und Bedeutung zurückzugeben, die es einst besessen hat.

Tief verwurzelt

Dazu passen die frohlockenden Worte des einstigen Generalinspektors der Bundeswehr, Klaus Naumann, nach der »Wiedervereinigung«, endlich sei die mit der Französischen Revolution von 1789 begonnene Periode an ihr Ende gelangt. Naumanns Auffassung offenbart einen tiefverwurzelten Widerwillen gegen die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Für ihn ist damit vermutlich die Ablehnung des Gedankens verbunden, dass Recht vor Macht gehe, dass Friede nicht durch Recht, sondern durch Gewalt zu schaffen sei, dass nicht im Sinne Gustav Heinemanns der Friede, sondern der Krieg der »Ernstfall« sei. Was Militärs wie Naumann und die zivil eingefärbten, militärraffinen Politiker und ihre intellektuellen Befürworter vereint, ist die Überzeugung, dass über aller Ethik und Moral die Macht des Schwertes stehe. Ohne Stärke und das auf Waffen beruhende Gewaltpotential sei alles andere gefährdet und die Freiheit bedroht, letzten Endes auch alle Kultur. Mit Landesverteidigung hat diese Haltung nichts zu tun.

Seit der »Zeitenwende« arbeitet die deutsche Politik daran, den Ukraine-Krieg im Sinne der bereits zuvor angestrebten Militarisierung der Gesellschaft voranzutreiben und aus dem Land eine Art »Vor- und Kriegsstaat« zu machen. Militärausgaben in schwindelerregender Höhe gehen zu Lasten sozialer Belange. »Operationspläne« unterstellen zivile Einrichtungen militärischen Zwecken. Gebetsmühlenartig wird die besondere Rolle und Bedeutung des militärischen Gewaltapparats beschworen, flankiert von der propagandistisch wider besseres Wissen vorgetragenen Behauptung von einer Kriegsbedrohung durch Russland, stets verbunden mit einem Meinungsdruck, der jede abweichende Meinung an den Rand drängt.

Wie im Kaiserreich soll die Gewalt zum zentralen Faktor der Geschichte erhoben werden und sich darauf eine europäische Einflussnahme auf die Weltpolitik unter deutscher Führung gründen. Der beruhigend klingende Spruch Wolfgang Schäubles: »Wir bereiten uns auf den Krieg vor, um ihn nicht führen zu müssen«, dient, in unendlichen Abwandlungen in die Gehirne gepflanzt, als verteidigungspolitisches Rechtfertigungsklischee für unbegrenzte Aufrüstung. Was als »neue Logik« daherkommt, knüpft an eine tief verwurzelte Gewaltmentalität an. Just in den Tagen der Haager Friedenskonferenz von 1899, bei der es neben einem sofortigen Rüstungsstopp darum ging, den Krieg

und die Gewalt künftig als Mittel der Politik zwischen den Staaten auszuschalten, erklärte Wilhelm II. in seiner Wiesbadener Rede ein »scharf geschliffenes Schwert« zur besten Friedensgarantie. Wir wissen alle, wohin das geführt hat ...

Nach seiner Pensionierung hat Hartmut Drewes sich voll und ganz dem Frieden verschrieben. Seither prägte er als Mitglied des Sprecherkreises neben Ekkehard Lentz, Eva Böller und Barbara Heller die Aktivitäten des Bremer Friedensforums. In der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden hatte Drewes indes schon in den 1980er Jahren eine bedeutende Rolle gespielt. Ausführlich befasste er sich mit den während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ließ ihn nicht zur Ruhe kommen und bestimmte auch seine Haltung zum Verhältnis von Theologie und Politik. Den »Feldzug« gegen die Sowjetunion, die 27 Millionen Toten, 71.000 vernichteten Städte und Dörfer sowie all die damit verbundenen Demütigungen für die Menschen bezeichnete er als »zweiten Holocaust«. Er wollte, dass wir die Schreie der Opfer hören - und nicht unsere Ohren verschließen. Das zu tun hieße, wie es Abraham Michael Rosenthal, einst Chefredakteur der *New York Times*, ausgedrückt hat, »die Toten ein zweites Mal zu ermorden, durch Vergessen«. Vehement setzte Drewes sich für eine Wiedergutmachung gegenüber KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern ein, plädierte für eine Aussöhnung mit Russen und Polen, wandte sich gegen Rassismus und Antisemitismus und warb für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Die Macht der Kunst

Von anderen »Friedenspfarrern« unterschied er sich zudem durch sein leidenschaftliches Interesse an Kunst und Literatur. Besondere Wertschätzung galt russischen Autoren wie Dostojewski, Tolstoi, Puschkin, Gogol, Leskow, Gorki, Achmatowa, Majakowski, Jessenin, Aitmatow und Jewtuschenko. Besuche zahlreicher Ausstellungen, oft verbunden mit ausgedehnten Kunstreisen, weiteten seinen Blick und führten im Friedensforum dazu, der Antikriegsdichtung und -kunst breiten Raum zu geben. Die antikapitalistischen und antimilitaristischen Montagen Rudolph Bauers, der in der Tradition von George Grosz und John Heartfield die Verharmlosung und Verschleierung kriegerischen Denkens und Werbens sowie die Bedrohung der Meinungsfreiheit durch mächtige Pressekonzerne thematisiert, fanden Drewes uneingeschränkten Zuspruch.

Als Mitbegründer der Deutsch-Russischen Friedenstage, die sich seit 2019 gegen die Reaktivierung des Feindbildes Russland wenden und statt dessen für Kooperation werben, schlug er als deren Symbol eine Friedenstaube à la Picasso vor. Bei Veranstaltungen zum Überfall auf die Sowjetunion und zur Blockade Leningrads stellte er 2021 literarische Texte vor. Den Verein »West-Östlicher Diwan« rief er mit ins Leben, um zur Verständigung der islamischen und der westlichen Welt beizutragen. Im »Literarischen Quartier Bremen« trug er viele Male Gedichte vor und führte selbst Themenabende wie etwa zur persischen Lyrik und Prosa durch. Bereits von schwerer Krankheit gezeichnet, rezitierte er im Januar 2025 in der Bremer »Villa Ichon« das sprachgewaltige Gryphius-Sonett »An sich selbst« (1658) und Dietrich Bonhoeffers Gedicht »Wer

bin ich?« (1944), das seine Kraft einem zutiefst glaubenden, von Gott getragenen Menschen verdankt.

Hartmut Drewes war Christ, Antifaschist und Pazifist, den viele, auch manche seiner Gegner, dank seiner ethischen Geradlinigkeit achteten. »In seiner Bescheidenheit lebte«, so die Literaturwissenschaftler Christine und Gert Sautermeister, »eine verlässliche Freundschaft, seine Feinfühligkeit schuf eine Atmosphäre der Empathie.«

Solidarität mit den Palästinensern

Von Drewes' publizierten Arbeiten sei der im Buch abgedruckte Artikel über »Die BRD im Spiegel der Lyrik von Erich Fried« hervorgehoben. Wie Fried betrachtete er die zunehmende Radikalität im linken Spektrum als eine Reaktion auf die repressiven, bleiernen und nachfaschistischen Strukturen des Staates, die oppositionelle Stimmen im politischen Raum jahrzehntelang dazu verdammten, ein Schattendasein zu führen und ins Abstrakte und Gewalttätige abzugleiten.

Eines der Merkmale von »Friedenspfarrern« ist es, sich mit den Schwachen und Gedemütigten, Armen und Hilflosen, den Ausgegrenzten und an den Rand Gedrängten zu solidarisieren - zumeist Opfer einer wachstumsorientierten Profitgesellschaft und deren sozialen Folgen. Auch das Schicksal der Palästinenser ließ Drewes keine Ruhe. Anlässlich des Krieges im Nahen Osten kritisierte er im August 2006 die damals schon fast vier Jahrzehnte andauernde Besetzung der palästinensischen Gebiete. Israel werde, so Drewes' Warnung, durch weitere Entrechtung der Palästinenser nicht den Frieden gewinnen, sondern jenen Hass gegen Unterdrückung und Militärherrschaft noch verstärken, aus dem die Hamas und Hisbollah entstanden seien. Beide seien »Kinder israelischer Besatzungspolitik«, die Widerstand hervorrufe. Könne man das den Menschen, ohne sich mit ihren Aktionen zu identifizieren, verdenken? Eine Haltung, die nichts mit staatsräsoniertem Antisemitismus zu tun hat und von Vertretern der Friedensbewegung in Israel damals wie heute geteilt wird.

Drewes kannte die Macht und Bedeutung der Bilder. Als Dokumentarist und Berichterstatter hat er mit seiner Kamera die vom Bremer Friedensforum organisierten oder unterstützten Demonstrationen und Veranstaltungen festgehalten. Dazu verfasste er Berichte und Pressemitteilungen. Ihm ging es darum, das politische Anliegen mitzuteilen, ganz im Sinne Tucholskys: »Ein Bild sagt mehr als tausend Worte!« Das Buch über Drewes, mit vielen, zumeist von ihm selbst stammenden Abbildungen versehen, trägt dem im besten Sinne Rechnung. Es verdeutlicht, dass weiterhin viele Menschen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt aktiv sind. Friedenspfarrer Hartmut Drewes würde dazu sagen: »Das walte Gott!«

[Barbara Alms, Gerhard Schäfer \(Hg.\): Friedenspolitik in Bremen. Hartmut Drewes - Für eine Welt ohne Krieg und Gewalt. Donat-Verlag, Bremen 2026, 224 S., 24,80 Euro](#)

Helmut Donat schrieb an dieser Stelle zuletzt am 26. Januar 2026 über Antisemitismus im Künstlerdorf Worpswede: [»Ein braunes Nest«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/519663.friedenspolitik-an-der-seite-der-schwachen.html>